



Wissmann: Freihandelszone zwischen USA und EU schafft Wachstum und Arbeitsplätze

Frankfurt/Berlin, 18. September 2013

„Ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wird der Wirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks Schub geben, Wachstum und Arbeitsplätze schaffen und so helfen, die nach wie vor bestehende Krise zu überwinden“, sagte Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), auf dem heutigen IAA-Symposium „Transatlantische Partnerschaft – Chancen und Risiken“. Die Veranstaltung mit mehr als 250 Teilnehmern wurde vom VDA gemeinsam mit der Atlantik-Brücke sowie der amerikanischen Handelskammer in Deutschland (American Chamber of Commerce in Germany) ausgerichtet.

Laut einer EU-Studie kann die USA mit 95 Milliarden Euro, die EU sogar mit 119 Milliarden Euro pro Jahr an zusätzlicher Wirtschaftskraft rechnen. Dies entspricht einem Mehr an 545 Euro verfügbarem Einkommen bei einer vierköpfigen Familie in der EU. „Für die Automobilindustrie bietet ein transatlantisches Freihandelsabkommen erhebliches Potenzial“, so Wissmann weiter. „Denn obwohl rund 40 Prozent aller weltweiten Automobilverkäufe auf die amerikanischen und europäischen Märkte entfallen, gibt es zwischen beiden Wirtschaftsräumen noch immer Zollschranken. Allein deutsche Automobilhersteller zahlen pro Jahr rund 1 Milliarde Euro an Zöllen. Neben der Beseitigung der Zölle muss der Hebel vor allem bei den zahlreichen nichttarifären Handelshemmnissen angesetzt werden. Es gilt, die regulatorische Zusammenarbeit zu vertiefen und Standards zu harmonisieren oder gegenseitig anzuerkennen. Denn es ist unverständlich, warum Automobilhersteller für Europa und die USA unterschiedliche Außenspiegel, Blinker oder Stoßfänger entwickeln und produzieren müssen. Allein durch die Vereinfachung solcher technischer Vorschriften könnten Hersteller und Zulieferer und damit auch die Verbraucher jährlich Milliarden sparen.“

Auch Kevin C. Milas, US-Generalkonsul in Frankfurt, der ein Grußwort hielt, und Keynotespeaker Bob Kimmitt, Chairman des American Council on Germany, unterstrichen in ihren Reden die Bedeutung einer transatlantischen Freihandelszone. „Der europäisch-amerikanische Wirtschaftsraum ist der größte weltweit. Er steht für etwa 50 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts“, sagte Milas.

Kimmitt hob in seinem Vortrag hervor, dass das angestrebte Abkommen nicht nur freien Handel, sondern auch eine Investmentpartnerschaft sicherstellen muss. „Das sind zwei Seiten einer Medaille“, so Kimmitt. „Gute Handelspolitik schafft die Grundlage für Investitionen.“ Kimmitt rechnet mit einem schwierigen Verhandlungsprozess, betonte aber: „Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen gehen in eine neue Ära. Die Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Finanzsektor ist ebenso wichtig wie die politischen und diplomatischen Beziehungen. Die Transatlantische Handels- und Investmentpartnerschaft (TTIP) ist für die Zukunft genauso bedeutsam wie es in der Vergangenheit die Nato war.“

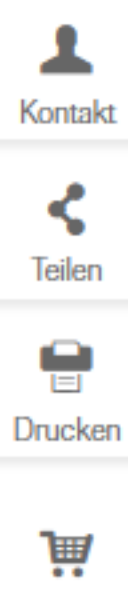
Den Abschluss des Symposiums bildete ein Podiumsgespräch unter Leitung von Friedrich Merz, Vorsitzender Atlantik-Brücke. Es diskutierten: Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments; Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender der Geschäftsführung der Kirchhoff Automotive GmbH Co. KG, sowie Bernhard Mattes, Präsident der American Chamber of Commerce in Germany und Vorsitzender der Geschäftsführung der Ford-Werke GmbH.

„TTIP wird nicht einfach nur ein weiteres Freihandelsabkommen unter vielen sein. TTIP wird eine Wirtschaftspartnerschaft auf Augenhöhe, die nicht nur Handelsfragen, sondern auch Investitionen, Dienstleistungen, Normen und Standards umfassen wird und große Chancen für mehr Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze eröffnet“, erklärte Mattes. „Es wird zudem ein wichtiger Baustein für die Zukunft einer freiheitlichen internationalen Ordnung sein.“

Kirchhoff nannte drei Ziele, die aus seiner Sicht für die Verhandlungen zentral sind: „Erstens freier Marktzugang, das heißt Abschaffung von Zöllen und gegenseitiger Schutz von Investitionen. Zweitens die Vereinbarung von gemeinsamen technischen Normen und Standards und drittens – und das ist auch eine Vorlage für den Umgang miteinander in der globalisierten Welt – Vereinbarungen zum Schutz des geistigen Eigentums, Zugang zu Rohstoffen sowie Umwelt- und Verbraucherstandards. Amerika und Europa, als die beiden Wirtschaftsstärksten Regionen der Welt, sollten mit gutem Beispiel voran gehen, wie wir zum Wohl der Menschen Arbeitschancen und somit Wohlstand erhöhen.“

„Eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft ist ein starkes Signal für fairen Wettbewerb und kann Wachstumsimpulse setzen“, sagte Merz. „Die Gewichtsverschiebungen in den internationalen Beziehungen sollten wir Europäer als Ansporn begreifen, eine Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA voranzubringen von der beide Seiten profitieren.“

Elmar Brok wies auf den erforderlichen politischen Druck hin: „Das Feld darf nicht Detailfreaks überlassen werden, dann kommen wir nie zu einem Ergebnis. Es muss eine ständige Aufgabe der Politik sein, die Detailverhandler zu Ergebnissen zu drängen. Das ist eine politische Führungsaufgabe. Die Industrie muss möglichst viele gemeinsame Standards erarbeiten. Das führt zum notwendigen Druck auf die Politiker“, so Brok.



THEMEN

Automobilindustrie und Märkte
Wirtschaftspolitik und Infrastruktur
Umwelt und Klima
Innovation und Technik
Sicherheit und Standards

SERVICES

Zahlen und Daten
Veranstaltungen
Nachwuchsförderung
Publikationen

PRESSE

Pressemeldungen
Materialien

VERBAND

Über den Verband
Mitglieder
Organisation
Partner und Institutionen
Fachabteilungen
Stellenangebote

Verband der Automobilindustrie e.V.,
Behrenstraße 35, 10117 Berlin



TWITTER



RSS-FEED EVENTS

Impressum Disclaimer Sitemap AGB

© VDA 2014